

Saale-Zeitung.

Anzeigen

werden die Spaltenpreise oder deren Raum mit 80 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unten Annahmestellen und aller Anzeigen-Expositionen angenommen. Bekannt die Seite 75 Pf. Erhöht wöchentlich prozentual; Sonntags und Feiertagen einmal, sonst zweimal täglich. (Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Bezugspreis
Die Halle vierteljährlich 2,50 M., bei postamtlicher Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., einschließlich Postgebühren. Bestellungen werden von allen Buchhandlungen angenommen. Die amtlichen Zeitungs-Bezugspreise unter Nr. 6555 eingetragen.
Für die Redaktion verantwortlich: **Weg & Scharre** in Halle.
Verkaufsstellen von 10/1, bis 12/1, Uhr.
(Hauptredaktion: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 178.)

Nr. 547. Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 22. November 1902.

Politische Wochenchau.

Die „Kreuzzeitung“ schrieb diese Woche, ein Wandel zum Besseren ließe sich erst mit Befestigung des Wahlrechts herbeiführen, das der „unheilvollen großen Waffendase“ überlegen wird der Verzicht unserer Volkstretreter in die Hand gabe. Und die „Allgemein-Deutschland“ schlug vor, „widerstehliche Abgeordnete“ für Wöden und Monate aus dem Hause zu verbannen. Wären solche Forderungen, die sich übrigens in letzter Zeit in verschiedenen Variationen wiederholten, überhaupt möglich in Verhören politischer Arbeit? Sind diese öffentlichen Enthaltungen geeigneter Heilmittel als nicht vielmehr Zeichen dafür, daß die langdauernden und mit steigender Erbitterung geführten Kämpfe um die wirtschaftliche Hegemonie in Deutschland wesentlichen schlüssiger Art entstehen haben und die Voricht fähler Denksprüche vergessen machten? Und wenn wir auf der anderen Seite die Vorlage des Centrums betrachten, dessen Doppelpolitik im Interesse der Agrarier und zugleich des arbeitenden Volkes sich mehr und mehr rächt, wie jüngst wieder die Verammlung in Aheydt bewies, in der Centrumsmitglieder, ein offener Feindes sich von den Volkfreunden der Partei loslösten: kann es unter diesen Verhältnissen wunder nehmen, wenn das Verlangen nach Befestigung des Strettes und Verweisung aus all der selbst geschaffenen Pein lauter erhält und von den Mehrheitsparteien auf eine Verständigung zwischen ihnen und der Regierung mit Nachdruck hingedrängt wird? Der Reichstag hatte, auch wegen des vergangenen Aufwuges, Ende voriger Woche seine Verhandlungen auf einige Tage unterbrochen und gleich am Sonnabendabend fand schon ein parlamentarisches Diner beim Grafen Bismarck statt, zu dem neben dem Kanzler und mehreren Ministern aus schließlich die Führer der Schutzpartei eingeladen waren. Damit begann das Spiel, hinter den Coulissen, durch das die ersehnte Lösung des unentwirrbar sich windenden Knotens erreicht werden sollte. Außerdem war Graf Bismarck mehrere male im Reichstage anwesend, um mit den Volkfreunden zu verhandeln. Und so verarbeitete sich denn in ihrem Lager die hoffnungsvolle Kunde, daß das Bild einer Verständigung greifbare Formen annähme und bei Wiederaufnahme der Reichstagskammern am vergangenen Donnerstag sich den erlauteten Willen entfallen würde. Doch man hat sich wieder einmal bei den Volkfreunden gränlich verrechnet. Die Verständigungssaktion war, wie die Donnerstagsberatungen kundgaben, um keinen Schritt vorwärts gekommen. Sie zeigte sich vielmehr nur als auf Vermittlungen und Projekte aufgebaut, all die ausgefertigten freudigen Gerichte, daß die Verabschiedung der Vorlage noch vor Weihnachten gelingen würde, erwies sich als eitel Dunst, den sich die Volkfreunde zur Auflockerung der gedrängten Stimmung wohl selbst vorgenommen hatten und wenn, wie wahrhaftig, die Meldung eines süddeutschen Blattes richtig ist, sind die neuen Kompromißverhandlungen wieder vollkommen geplatzt. Von einer Erhöhung des Zerspannollen, die angeblich das vom Centrum vorgelegene Kaufobjekt war, sei nicht die Rede gewesen, ebenso wenig wie die Regierung daran gedacht habe, Minibestelle für Vieh zuzugestehen. Im Gegenteil kam die Kunde von einem „letzten Appell“ des Reichstagskanzlers und seines Staatssekretärs an die Konventionen und Agrarier, in dem nochmals — zum vierzierten male! — radikallos ausgeprochen war, die Regierung könne über ihren Entwurf hinaus der Mehrheit nicht entgegenkommen, sie müsse sich vielmehr an deren Patriotismus wenden, um der Vorlage schon in der zweiten Sitzung zur Annahme zu verheßen. Graf Bismarck soll unserer Ansicht nach freilich völlig deprimiert, auch noch davon getrieben haben, daß die Rückstuf auf das Wohl des Vaterlandes den eigenen Interessen Schweigen gebieten müsse. Nur die wachsenden Agrarier machen erfahrungsgemäß aber all solchen Bemühungen nicht den geringsten Eindruck. Die Auswörter, die „Deutsche Tageszeitung“ würde vielmehr lieber eine Reglerungskritik hereinbringen sehen, als daß sie nur einen Schritt von ihren überpannten Forderungen zurückwiche. Daher sollte sich der Reichstagskanzler, der nach Meinung des Bündlerorgans wieder mal „überhaupt nur schöne Worte“ für die agrarische Noth hatte, die Mäße sparen, durch einen nationalen Appell die Herzen unserer Großgrundbesitzer rühren zu wollen, zumal die Bündler ihm selbst, wie die „Deutsche Tageszeitung“ offenberzig eingestuft, keine Ehre nadvornehen würden. Nur um den Grafen Bismarck war's ihnen leid. Man würde ihn, ebenso wie den Minister Bobbelski nicht gern gehen und etwa durch einen „gemäßigt freihändlerischen Professor“ ersetzt sehen. Wohl gemerkt aber: nicht er! er! Wenn es sein muß, schreien die Agrarier in ihrer radikalsten Konjunktur, ihr Ziel zu erreichen und das wirtschaftliche Leben Deutschlands für Jahre hinaus auf's Äußerste zu gefährden und labmagischen, kalten Herzens auch über die Köpfe ihrer Freunde. Ob ihre Durchhalten ihnen freilich etwas nützen wird, ist eine andere Frage; die Linke wird nach wie vor den Kampf gegen den verheerenden bergenden Kampf fortsetzen. Die letzten geschichteten Kompromißverhandlungen zeigen wieder zur Genüge, daß die Rechte trotz des Antrages Reichstagsler den Sieg noch lange nicht in der Tasche hat.

Detroy's erst im Jahre 1910 erfolgen wird, nimmt der erfreulichen Erregung nicht von ihrer Bedeutung. Da aus den von ihnen erbobenen Steuern für Brot und Fleisch Erhöhung einer längeren Zeitdauer bis zum Instanvertreter des Gelezes den Sommeren Gelegenheiten zu Weise nutzmannen. Durch die Aufhebung der Detroy's ist endlich einmal wieder eine praktisch-erfolgreiche Verständigung im Reichstage erzielt worden. Weniger erfreulich ist es dagegen, daß die vor kurzer Zeit proklamirte verständnisvolle Einigkeit im Handelsvertragsverein gefährdet erscheint. Es wird behauptet, daß das Schreiben des Worliegenden Herz an den Reichstagskanzler, in dem für langfristige Handelsverträge unbedingt und in erster Linie plädiert würde, nicht die einmütige Auffassung des weiteren Ausschusses wiedergibt. Ein großer Teil davon, darunter zahlreiche Industriezweige, sollen die Ansicht geäußert haben, daß zur Erreichung stabiler Verhältnisse in Handel und Gewerbe die Annahme der Regierungsvorlage notwendig sei. Es hieß auch, daß das erwähnte Schreiben noch zu schweren Konflikten im Handelsvertragsverein führen könnte. Nun, wir glauben, daß es im Interesse des Vereins liegt, die abgezeichneten — es sind, soviel wir wissen, etwa drei Dutzend goldfreundliche Mitglieder zu eliminieren und zu verheßen, daß der ganze Körper Schaden leide. Denn ein Verein für „Handelsverträge“ muß, wenn er nicht als ein wirtschafts-politischer Widerspruch in sich selbst angehen werden will, einmütig gegen jede Verleumdung der Handelsbeziehungen infolge von Schutzbestimmungen. Nur so vermag, wie wir schon öfters bemerkt haben, der Handelsvertragsverein seine gegenwärtige Mission zu erfüllen und sich selbst vor der Auflösung zu bewahren.

Der deutsche Kaiser befindet sich auf der Rückreise von seinem Besuch bei Eduard VII. von England. Der Besuch ist fast ohne jede äußere Kundegebarung verlaufen; nur wenig hat die Presse darüber erfahren, was Kaiser Wilhelm mit seinem Oheim und dessen Ministern gesprochen hat. Die Besprechungen der englischen Presse waren bei der Abreise des Kaisers auf einen wärmeren Ton gestimmt, als bei der Ankunft; man hob die Sympathie, die der deutsche Herrscher in England zweifellos bestesse und die zur besseren Gestaltung der Beziehungen zwischen den beiden Völkern beitragen würden, überall hervor, wenn man dabei auch die Linie einer gewissen Reserve nicht verließ. Kurz bevor Chamberlain seine Reise nach Südafrika, wo er mit den Buren generalen nochmals zusammenzutreffen wird, antritt, wurde das Kriegsrecht für Transvaal und den Oranjerivierstaat aufgehoben. Es ist unverkennbar, daß man englischerseits die Hoffnungen, die sich für die Buren an den Besuch des Kolonialministers knüpfen, durch die im gegenwärtigen Augenblicke erfolgte Einleitung der Friedensverhandlung noch verheßen möchte. Es kann Großbritanniens ja auch nur vermünftig sein, in den Burenrepublik verheßenliche Stimmung zu schaffen, denn im ausgedehnten Maße sind außer dem Eumalantland auch wieder Ururen in Somalia zum Ausbruch gekommen und auch von der afghanischen Grenze kommen alarmierende Nachrichten. Eine Alarmnachricht brach von Belgien her herein. Auf Leopold II. wurde ein Attentat verübt in dem Augenblicke, als er die Kathedrale St. Gubule von einer Gedächtnisfeier für die verstorbenen Königin verließ. Der Italiener Rubino gab mehrere Revolverkugeln auf die königlichen Wagen ab, die jedoch ihr Ziel verfehlten. Sozialistische Mätter nahmen die Nachricht, der Thäter stehe nicht mit anarchoisichen Gesellschaften in Verbindung, sondern sei ein Vospizler der Polizei, mit Gessinnheit auf. Diese Unterlegung entspricht aber doch wohl nicht den Thatfachen. Zweifelloh hat Rubino, der übrigens aus guter Familie stammt, früher, als er in London sich aufhielt, mit der italienischen Polizei in Verbindung gestanden und von ihr auch ziemlich hohe Geldbezüge erhalten; aber man hat Veranlassung, anzunehmen, daß Rubino den Anarchoisichen, deren Partei er in letzter Zeit bestimmt angehört hat, durch eine „herverragende That“ seine Zugehörigkeit zu ihnen dokumentieren und damit alle Zweifel, die in dieser Beziehung seiner Person aus dem früheren Engagement mit der Polizei her etwa noch anhaften konnten, gründlich zerstreuen wollte. Die Königin Elena von Italien ist eines geistigen Wadens genesen, und wenn auch die Hoffnungen sich mehr auf einen Thronerben gerichtet waren, so hat die Bevölkerung Roms und der Provinz der hohen Wächterin die keine Enttäuschung nicht entgehen lassen; herzhiliche Sympathieausprägungen sind aus allen Theilen des Landes eingetroffen, die gesetzt haben, daß das junge italienische Königspaar die Herzen des Volkes besitzt, was bei der höchsten volkstümlichen Art Victor Emanuel's der moderneren Forderungen in vielen Fällen zugänglich ist, nicht Wunder nehmen kann.

Deutsches Reich.

Öls- und Petroleumnachrichten.
Die Kaiserliche Post „Sohensollern“ mit dem Kaiser an Bord ist in Begleitung der „Nymphe“ und des Kononenbootes „Sielmer“ gestern Abend um 8 1/2 Uhr in Brunsbüttel eingetroffen. Der Kaiser reiste mittels Seilzuges um 10 1/2 Uhr nach Borsbom ab.
Kaiser Wilhelm hat dem König Georg von Griechenland laut einer dem Bureau Lausanne übermittelten

Ältere Meldung des „Standard“ telegraphisch für das von ihm bewiesene persönliche Interesse und seine Theilnahme in der „Vorles“ Angelegenheit seinen Dank ausgesprochen. Die Unterredung bezüglich der Unteroffiziersüberstufung ist beendet. Der Majorie Kommandeur, der den Vorbegehungen hat, sollte gestern an die deutsche Gesandtschaft in Wien ausgeliefert werden.

Kronprinz Friedrich August von Sachsen verheßt jenseits in Jagdlande Unterwalden in Wienan. Sonntag vormittags reist er auf dem Kaiserlichen Güterzug ab und wird im nächsten Hofzuge die Reise nach Dresden fortsetzen. Das Verheßen des Kranken ist den Umständen entsprechend zurückzuführen.
Wie der „Confectionair“ erklärt, hat der Kaiser den großen französischen Schaupisler Coueulin zur Theilnahme an der nächsten großen Jagd eingeladen lassen.

Wirtschaftliches.
Zu den Gerüchten in der rechtsstehenden Presse, die die Gestaltung des Grafen Bismarck und des Landwirtschaftsministers v. Bobbelski seien erschüttert, theilt das „B. Z.“ auf Grund unterrichtlicher Informationen mit, daß diese Nachrichten völlig aus der Luft gegriffen sind. Allerdings scheinen in einem oder einigen wichtigen Aemtern demnächst Veränderungen bevorzuzufehen. Die oben genannten Persönlichkeiten werden aber hiervon, wie das Blatt glaubt, nicht betroffen werden. Man wird kaum festsetzen, wenn man annimmt, daß die oben citirten Meldungen von konservativer Seite lauter worden sind, um gewisse agrarische Kreise geneigter zu machen, ihren Widerstand gegen die Zolltarifvorlage der verheßenen Regierung aufzugeben und sich als Beleg für den an die Hand gemachten nationalisierenden Reglerungsmaßnahmen mit den Konservativen, Freikonserativen und dem Centrum der eingeleiteten Verhandlungssaktion der Mehrheitsparteien ebenfalls anzuschließen. Es ist wichtig, um gegenwärtigen Stadium der parlamentarischen Verhandlungen die Zusammenhänge klarzustellen.

Wirtschaftliches.
In München tritt am Montag die Konferenz zusammen, die von dem bayerischen Ministerium zur Verabreichung der Ermittelungen über die Festschreibung einberufen worden ist. Eingeladen zur Abordnung von Vertretern sind der bayerische Landwirtschaftsminister, der Landesverband landwirtschaftlicher Deutschstiftungsvereine sowie die Städte München, Nürnberg und Augsburg, wobei die Zahl der Vertreter dieser Korporationen selbst anbelangend ist, ferner die Vorsitzenden des bayerischen Fleischerverbandes, der Münchener Wegereinnahmen, des Komitees für Errichtung einer Viehhofanlage in München und der Vorsitzende der landwirtschaftlichen Centralgesellschaft in Ansbach. — Nach dem „Münch. N. Nachr.“ wird die im Reichstag eingereichte Interpellation über die Fleischnoth wohl noch nicht beantwortet werden. Wapern treffe jedoch für diese hinausforderung keine Schuld, da die bayerische Regierung ihren Bericht schon vor längerer Zeit in Berlin abgegeben habe. Der Vater der Silbermine wird also wohl freigesetzt sein. Herr v. Bobbelski gelangt ja nur an eine Deputationsstelle, und somit braucht er Zeit, damit die Welle abflauen kann.

Stärke und Seife.
Der Ministerial-Bericht „Stärke“ zufolge wird die katholisch-theologische Fakultät an der Universität Straßburg im nächsten Herbst, vielleicht schon im Herbst, ins Leben treten. Die erforderlichen Kredite, die sich auf die Summe von dreizehn 80,000 M. belaufen, sollen schon in der nächsten Sitzung des Landesparlamentes bewilligt werden. — Man scheint's mit der Einleitung der Fakultät jetzt recht eilig zu haben.

Parlamentarisches.
Auch in den letzten Tagen fanden im Reichstagskanzler-Palais zwischen dem Grafen Bismarck und mehreren parlamentarischen der Mehrheitsparteien Unterhandlungen wegen des Zolltarifs statt, die jedoch, wie behauptet, resultatlos verlaufen sind. Die Centrumsfraktion hat gestern Abend über die Vorlage beraten, die seitens einiger ihrer Mitglieder ausgearbeitet sind und welche die Grundlage zu einer Verständigung sowohl innerhalb der Fraktion selbst wie mit den übrigen parlamentarischen Parteien und der Regierung bilden sollen. Die Mehrheitsparteien haben sich zwar nicht verheßen, Delegirte der einzelnen Fraktionen zu weiteren gemeinschaftlichen Besprechungen zusammenzutreten zu lassen. Von den Konservativen sind als Vertreter bezeichnet worden die Herren v. Hornemann und Graf Hinzburg-Strunz, von der Reichspartei die Herren v. Hardey und Eichmann. Die Centrumsfraktion und die Nationalisierbaren haben noch keine Mitglieder zu diesem Zwecke gewählt; ihre Besprechungen haben nur Fragen gelöst, die nächster Tage in den Plenarberatungen zur Sprache kommen.

Auch beim Handelsminister Wüller hat ein Aehnliches stattgefunden, an dem außer verschiedenen Abgeordneten der Reichstagsler teilgenommen hat. — Ob hierbei die vermittelnde Verhandlungssaktion zur Sprache gekommen ist, wird in der Meldung nicht gesagt.

Die gegen die Agrarier gerichtete Koalition der Liberalen mit den Sozialdemokraten liegt bei den gestrigen Debatte Mahlen zum anhaltigen Landtage. Die liberalen Kandidaten Suabrunderbergler Artl und Reichmannl W. Cohn, sowie der sozialistische Reichstagsabgeordnete F. S. wurden förmlich mit namhafter Majorität nach überaus heftigem Wahlkampf gegen die rechtsstehenden Parteien gewählt.

Veranstaltungen und Konzerte.
In Berlin werden geben eine Professorenammlung der deutschen Musikgeschichte und Verheßen gegen die letzten Beschlüsse der Synode in Sachen der Sonntagsschule für

